

freising frontal ist die regelmäßig erscheinende Zeitung des Kreisverbandes der Freisinger Linken und informiert über politische, soziale und gesellschaftliche Themen der Region Freising aus Sicht sozial engagierter Bürgerinnen und Bürger.

„Probleme kann man niemals durch die selbe Denkweise lösen, durch die sie entstanden sind.“

Albert Einstein

Isarschleife und Westtangente

Wofür hat die Stadt Geld, wofür nicht?

von Stadtrat Dr. Guido Hoyer, Freising

Es gibt in Freising Menschen, die hauseinmonatlang in Notunterkünften. Das sind Wohnungen – z.B. in der Asamstraße – deren Toilette sich auf dem Hausflur befindet und deren Heizung aus einem Elektroheizstrahler besteht, man also die Wahl hat, welches seiner Zimmer man heizt (Gott sei Dank!- mögen die Ökologen sagen -

ren abnimmt und die Stadt nichts dagegen unternimmt.

„Die Stadt kann nicht anders!“ wird uns entgegen gerufen: Die Stadt hat kein Geld!

Schauen wir einmal, wofür die Stadt Freising, besser gesagt die Stadtratsmehrheit, zur Zeit Geld ausgibt. Da ist zuerst das Wahlkampfeschenke aller OB-Kandidaten der verflossenen Wahl (außer dem LINKEN), die Eishalle. Die



sind nicht alle Zimmer gleichzeitig heizbar, sonst steigt der Stromverbrauch ins Unendliche).

Warum müssen Menschen so leben? Weil zu wenig preiswerte Wohnungen da sind. Warum gibt es zu wenig preiswerte Wohnungen? Weil die Zahl der Sozialwohnungen in Freising seit Jah-

ursprünglich anvisierten Kosten von 4,8 Mio. € sind bereits um 1 Mio. € überschritten.

Zum Wintersport brauchen die Freisinger noch das Sommervergnügen, konkret einen „Flaucher“ am Isargestade, der durch eine Umleitung der Isar als „Isarschleife“ entstehen soll. Nur die Aufschüttung von Adria-Sandstrand ist bisher nicht geplant. Loben muss man die Planer für ihren Optimismus: Denn sollte die 3. Startbahn kommen (was Gott und AufgeMUCKt verhüten mögen), dürfte der Erholungswert der Isarschleife gering ausfallen.

Auch das historische Gestühl im Rat-

Weiter auf Seite 2



Ausgabe August 2013

Nein zur Eishalle

freising frontal dokumentiert die Rede von Dr. Eckhardt Kaiser im Freisinger Stadtrat

„Seit ich im Stadtrat bin, glaube ich, dass uns Stadträten kein Projekt mit so viel Ungereimtheiten, wenn nicht sogar Unwahrheiten aufgetischt wurde, wie dieses. Schon vor einigen Jahren hatten wir einen von mir zumindest so empfundenen Erpressungsversuch durch die Eishockeyabteilung des SE Freising zu ertragen, als man ankündigte, ohne den sofortigen Bau einer Halle würde oder müsste man den Sportbetrieb einstellen, wohlge-merkt nicht wegen Lärm-Emissionen, sondern einfach deswegen, weil ohne Halle kein Sportbetrieb möglich wäre.

Man spielt aber immer noch. Immer wieder gab es Kostenschätzungen. Dann, nachdem man entsetzt war oder zumindest Entsetzen über die hohen Kosten geheuchelt hatte, neue niedrigere Kostenschätzungen, die dann eine sehr kurze Halbwertszeit hatten und von neuen Kostenschätzungen, die dann meist noch höher waren als die ursprünglichen, abgelöst

Weiter auf Seite 6

In dieser Ausgabe:

| | |
|-----------------------------|----------|
| Isarschleife & Westtangente | Seite 1 |
| Nein zur Eishalle | Seite 1 |
| Warum links? | Seite 2 |
| Mietpreisbremse | Seite 3 |
| Seehofer | Seite 4 |
| Politikverdrossen | Seite 5 |
| Strompreislüge | Seite 7 |
| Wahlkampf in Gelb | Seite 7 |
| Heile Welt in Neufahrn | Seite 8 |
| Krieg in Mali | Seite 9 |
| Freisinger Innenstadt | Seite 10 |
| Wohnen in Eching | Seite 11 |
| Neonazis in Freising | Seite 12 |
| Kampf um Tarifverträge | Seite 12 |

Impressum:

Herausgeber:
DIE LINKE, Kreisverband Freising
V.i.S.d.P: Guido Hoyer
Prinz-Ludwig-Str. 29
85354 Freising
www.freisinger-linke.de
Redakteur: Albert Schindlbeck

Fortsetzung von Seite 1

Isarschleife und Westtangente

haus-Sitzungssaal soll renoviert werden. Kostenpunkt schlappe 130.000 €. Richtig gelesen: Hundertdreissigtausend Euro. So werden wir Stadträte in Zukunft also bequem sitzen.

Dazu kommt -wenn auch etwas früh im Jahr – ein Weihnachtsgeschenk für die Geschäftsleute der Innenstadt (EFI), also für 0,1% der Freisinger Bevölkerung: Die Weihnachtsbeleuchtung in der Innenstadt war bisher von EFI und Stadt gemeinsam finanziert, jetzt übernimmt die Stadt die Kosten bis auf einen kleinen Rest, den die Geschäftsleute huldvoll spenden. Die Ladenkassen klingeln, die Stadt (= Steuerzahler) zahlt.

À propos Weihnachten, „Freisinger Advent“: Waren Christkindlmärkte mal eine Angelegenheit traditionsreicher Städte wie München, Nürnberg und Salzburg, so ist mittlerweile bayernweit eine inflationäre Vermehrung der Adventsmärkte festzustellen, um die Bürger in Weihnachts- sprich Kaufstimmung zu versetzen. Da meint man

in Freising, nicht abseits stehen zu dürfen. Aber wird Freising's Altstadt wirklich durch dieses Advents- Glühwein-Spektakel aufgewertet? Das dürfte auf Grund der gemachten Erfahrungen der letzten Jahre zu bestreiten sein. Allein aus diesem Grund ist der „Freisinger Advent“ für uns Freisinger LINKE verzichtbar. Natürlich spricht auch die Schlampigkeit des Veranstalters bei der Abrechnung der Märkte 2010 und 2011 mit der Stadt nicht für ein „Weiter so“. Sollte die Stadtratsmehrheit den „Freisinger Advent“ nicht abschaffen wollen, so wäre ein transparentes Vergabeverfahren das Mindeste, was zu fordern ist.

Aber die Westtangente, die ist doch kein Luxus, Freising erstickt doch im Verkehr? Richtig: Dass Freising Verkehrsprobleme hat, ist unbestritten. Aber ist die Westtangente die Lösung? Nur zwei Aspekte will ich anführen. Erstens: Den vielen Pendlern, die auf der B 301 aus Richtung Mainburg-Aunandlstadt zum Bahnhof fahren, nützt die Westtangente nichts. Ihnen ist aber durch die Ostumfahrung geholfen, die beschlossene Sache ist. Zweitens: Die

Westtangente ist für Teile Freising's keine Ent-, sondern eine Belastungsstraße. Es entsteht (u. a. für maufflüchtige LKWs) ein Schleichweg von Allershausen zum Flughafen, 12 km kürzer als über das Neufahrner Autobahnkreuz. Und dafür sollen wir noch zahlen?

Schließlich die Kosten: Warum legt die Stadt nicht realistische Kostenschätzungen vor? Der Finanzreferent des Stadtrates hat vorgerechnet, dass sich die Kosten - die bei allen Baumaßnahmen üblichen Preissteigerungen eingerechnet - aller Wahrscheinlichkeit nach für die Stadt Freising – also für uns – auf 37 Mio € belaufen – weitere Millionen zahlen die Landkreisbürger, also auch die Allershausener und Kranzberger, die den Mehrverkehr bekommen werden.

Es ist höchste Zeit, dieses Millionengrab zuzuschaukeln. Wir Freisinger LINKEN beteiligen uns daher am Bürgerbegehren „Besser ohne Westtangente“. Die Millionen für die Westtangente können besser investiert werden: Zum Beispiel in menschenwürdige und bezahlbare Wohnungen. ■

Warum links?

von Peter Krappitz, Oberhaindling
Parteimitglied seit Juni 2013

„Warum engagierst Du Dich denn bei den Linken, hätte SPD nicht auch gereicht?“ Diese und ähnliche Fragen habe ich in letzter Zeit häufiger zu hören bekommen. Meistens antworte ich dann, dass SPD nicht links ist, sondern bestenfalls „Mitte“, und dass es dringend eines Gegengewichtes in der Politik bedarf, damit es in Zukunft sozial gerechter zugeht.

Ich bin kein Träumer oder „linker Spinner“, ich bin Realist. Und als Realist sehe ich, wie unsere Gesellschaft immer mehr verarmt. Nicht nur wirtschaftlich, durch eine immer höhere Belastung der mittleren Einkommen, sondern vor allem menschlich.

Wer im Berufsalltag steht, findet zunehmend weniger Zeit für Familie, Freunde, Nachbarschaft. Der Druck auf Arbeitnehmer steigt seit Jahren, die daraus resultierenden Gewinne schöpfen letztendlich

Banken und Konzerne ab, für Zwischenmenschliches bleibt immer weniger Zeit und Kraft.

Ich möchte nicht in einer Gesellschaft leben, in der Arbeit der einzige Lebensinhalt der Massen ist. In der es einigen Wenigen auf Kosten von Vielen gut geht. Dabei gehöre ich selbst zu denen, denen es (noch) gut geht. Ich bin selbständiger Unternehmensberater, zahle pünktlich den Kredit für meine Wohnung und habe Freude an meiner Arbeit. Aber auch ich spüre den steigenden Druck; erlebe ihn täglich bei meinen Kunden, in der Familie, im Freundeskreis, bei mir selbst. Um den erreichten Lebensstandard zu halten ist immer mehr (Arbeits)leistung notwendig, bleibt immer weniger Zeit zum Leben.

Die aktuelle Entwicklung in Deutschland, in Europa, ja sogar weltweit, ist nichts Neues. Krisen gehören zu einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung wie der Herbst zu den Jahreszeiten. Und wie in jeder Krise sind es die Schwächsten, die es zuerst trifft. Wenn die Krise dann in

der Mittelschicht ankommt, werden die Rufe nach Lösungen, starken Führern, Veränderungen immer lauter. In ferner Vergangenheit führten diese Krisen meist in Kriege; in der Neuzeit zu immer höheren Schulden, einer daraus resultierenden Abwertung der nationalen Währung, steigenden Exportchancen der heimischen Industrie und damit zu einer Verbesserung der wirtschaftlichen Situation. So hat Europa eine lange Zeit des Friedens genießen können.

Jetzt haben wir den Euro, ein Währungskurs-Ausgleich zwischen den europäischen Ländern ist nicht mehr möglich. Wohin das führt? Ich hoffe, dass nicht Lösungen aus ferner Vergangenheit gewählt werden.

Meine Angst ist, dass das, was sich da aktuell in unserem europäischen Haus abspielt, uns auch in unserer ganz persönlichen Nachbarschaft ins Haus steht. Der soziale Frieden in Deutschland steht auf schwankendem Boden. Die drohende Schieflage kann das gesamte System zum Einsturz bringen. Es ist an der Zeit, ausgleichend auf das System einzuwirken, Gegengewichte zu schaffen. Für mich heißt das: Alle einen Schritt nach links; ich geh schon mal vor. ■

Mietpreisbremse

Antrag der Freisinger LINKEN angenommen

von Stadtrat Dr. Guido Hoyer, Freising

Einer Anregung des Mietervereins Freising folgend hatte die Stadtratsgruppe Freisinger LINKE beantragt, die Stadt möge der „Verordnung zur Begrenzung von Mieterhöhungen“ beitreten. In diese von der bayerischen Staatsregierung beschlossene Verordnung können Gemeinden mit „angespanntem Wohnungsmarkt“, also mit viel zu hohen Mieten, aufgenommen werden. Dass Freisinger Mieter seit Jahren unter zu hohen Mieten leiden, kann wohl nicht ernsthaft bestritten werden. LINKEN-Stadtrat Dr. Eckhardt Kaiser in der Antragsbegründung: „Besonders durch den Flughafen mit den dort von vielen Firmen gezahlten Niedriglöhnen ist es für Familien mit mittlerem und niedrigem Einkommen schwierig, bezahlbaren Wohnraum zu finden. ... Niedrige

Zinsen am Kapitalmarkt werden nicht an die Mieter weitergegeben.“ Wie von einer CSU-FDP-Regierung zu erwarten, löst die Verordnung allerdings das Problem der Wuchermieten nicht, es soll lediglich erreicht werden, dass die Mieten nicht mehr so stark erhöht werden, indem innerhalb von 3 Jahren nur Mieterhöhungen von 15 % statt bisher 20 % erlaubt werden sollen.

Selbst gegen diese kleine Entlastung der Freisinger Mieter ist Oberbürgermeister Eschenbacher, der dem Hauptausschuss Ablehnung des Antrag empfahl. Doch Ausschuss und Stadtrat versagten ihm die Gefolgschaft, in der Stadtratssitzung verweigerten sich lediglich 6 Mitglieder der Freien Wähler der Einführung der Mietpreisbremse, die große Mehrheit stimmte dem LINKEN-Antrag zu. ■



Drei Zitate von Gregor Gysi

Ein Linker muss nicht arm sein, ein Linker muss gegen Armut sein.

Wenn bei einer kleinen Schicht der Reichtum wächst, wächst bei einer viel größeren die Armut. Deswegen sage ich: Wer Armut bekämpfen will, muss Reichtum begrenzen; ich sage nicht: den Reichtum bekämpfen.

Wenn wir in einen westdeutschen Landtag einziehen, verändern wir Deutschland. Wenn wir in Bayern einziehen, verändern wir die Welt.

3 Zitate von Sahra Wagenknecht

Die wenigsten Leute haben in ihrem Leben eine Million Euro Geldvermögen erarbeitet. Es ist entweder geerbt oder stammt aus Spekulationen.

Für mich ist Sozialismus Voraussetzung für Demokratie.

Wenn ein Land sich von einer Minderheit, den Eignern und Dirigenten des großen Kapitals, vorschreiben lässt, welche Prioritäten es setzt, dann hat das mit Demokratie nichts zu tun.

3 Zitate von Franklin D. Roosevelt

Vom organisierten Geld regiert zu werden, ist genauso schlimm, wie vom organisierten Verbrechen regiert zu werden.

Die Freiheit einer Demokratie ist nicht sicher, wenn die Menschen das Wachstum privater Macht bis zu dem Punkt tolerieren, da sie stärker wird als der demokratische Staat selbst

Unternehmen, deren Existenz lediglich davon abhängt, ihren Beschäftigten weniger als einen zum Leben ausreichenden Lohn zu zahlen, sollen in diesem Land kein Recht mehr haben, weiter ihre Geschäfte zu betreiben. (...) Mit einem zum Leben ausreichenden Lohn meine ich mehr als das bloße Existenzminimum – ich meine Löhne, die ein anständiges Leben ermöglichen.

Seehofers erschreckendes Demokratieverständnis

Klaus Ernst, Mitglied des Bundestages

Seit Wochen kommt die CSU nicht mehr zur Ruhe, weil immer mehr Details über die Beschäftigungsaffäre bekannt werden. Nun hat CSU-Chef Horst Seehofer die Debatte zum zweiten Mal für beendet erklärt. Bayerns Ministerpräsident offenbart damit ein erschreckendes Demokratieverständnis.

Mehr als zehn Jahre lang besserten Bayerische Landtagsabgeordnete, darunter auch Mitglieder von Seehofers Kabinett, ihre Familieneinkommen auf, indem sie ihre Eltern, Frauen und Kinder mit öffentlichen Geldern beschäftigten. Dabei ist es Landtagsabgeordneten seit mehr als zwölf Jahren verboten, Familienangehörige ersten Grades anzustellen.

Eine Ausnahme galt für Verträge, die vor dem 01. Dezember 2000 geschlossen wurden. Sie durften unbefristet fortbestehen, denn der Landtag wollte lange bestehende Arbeitsverträge schützen. Doch mindestens zwölf CSU-Abgeordnete missbrauchten diese Ausnahmeregelung. Sie engagierten noch kurz vor Fristablauf ihre Ehefrauen und selbst minderjährige Kinder.

Mit Landwirtschaftsminister Helmut Brunner, Innenstaatssekretär Gerhard Eck und Kulturstaaatssekretär Bernd Sibler haben sogar drei Mitglieder aus Seehofers Regierungsmannschaft ihre

Ehepartner angestellt, als im Landtag bereits über eine Verschärfung der Beschäftigungsregeln debattiert wurde. Seehofer sprach ihnen trotzdem sein „uneingeschränktes Vertrauen“ aus.

Das erste Mal hatte er die Debatte schon Anfang Mai für beendet erklärt, nachdem seine Minister und Staatssekretäre angekündigt hatten, das Geld zurückzuzahlen. Immerhin ist jedes dritte Mitglied der Bayerischen Staatsregierung persönlich in die Affäre verstrickt! Doch auch jeder fünfte CSU-Landtagsabgeordnete beschäf-



Die drei von der Selbstbedienung

tigte in der aktuellen Legislaturperiode einen Verwandten ersten Grades bei sich. Hier sieht Seehofer allerdings keine Notwendigkeit, dem Freistaat das Geld zu erstatten.

Es scheint, als betrachtet die CSU den Bayerischen Staat noch immer als Beute. Anders lässt sich die dreiste Mitnahmementalität so vieler Abgeordneter und Kabinettsmitglieder nicht erklären. Doch wenn es nach Seehofer

geht, soll nicht mehr darüber gesprochen werden. Er will mit aller Kraft raus aus der Regierungskrise und zwar so schnell wie möglich. Immerhin findet in diesem Jahr nicht nur die Bundestagswahl, sondern auch die Landtagswahl in Bayern statt.

Dass öffentliche Debatten ein grundlegender Bestandteil der Demokratie sind, hat sich in seiner Partei noch immer nicht herum gesprochen. Dabei liegt die Affäre um den zurückgetretenen CSU-Sprecher Hans Michael Strepp, der die Berichterstattung über

den Bayerischen SPD-Parteitag verhindern wollte, schon ein paar Monate zurück.

Und so versucht Seehofer die kritische Berichterstattung über die Beschäftigungsaffäre erneut per Regierungserklärung zu beenden. Er offenbart damit nicht nur seine Hilflosigkeit, sondern vor allem ein erschreckendes Demokratieverständnis. ■

Richtig wichtig!

Dir sind Frieden, soziale Gerechtigkeit, Demokratie richtig wichtig? Du willst eine linke Opposition im Bundestag, die nicht alles hinnimmt? Hilft mit - ohne gleich Mitglied zu werden - Jede/r kann was tun. Wir brauchen Euch!
www.linksaktiv2013.de

DIE LINKE.

Politikverdrossenheit?

Im Rahmen einer Untersuchung im Auftrag der SAS Deutschland wurde die Zufriedenheit der Bundesbürger mit der Informationspolitik und den Partizipationsmöglichkeiten im Zusammenhang mit öffentlichen Großprojekten, wie Infrastrukturprojekten oder größeren staatlichen Veränderungsmaßnahmen, ermittelt.

Das Ergebnis ist ein klares Zeichen gegen die immer wieder beschworene „Politikverdrossenheit“ der Deutschen.

92 % der Bundesbürger erwarten, dass der Staat sie umfassend über Projekte und Maßnahmen informiert, von denen sie in irgendeiner Art und Weise betroffen sind. Die meisten darunter interessieren sich bei staatlichen Großprojekten für die entstehenden

Kosten: 88 % der Befragten wünschen sich Informationen dazu. Direkt dahinter ordnet sich der Wunsch nach Informationen zu möglichen Alternativen (87 %) und über die Auswirkungen von Projekten (83 %) sowie nach Detailinformationen zu Projekten selbst (82 %) ein.

72 % der Befragten haben sich in letzter Zeit über Projekte und Maßnahmen der öffentlichen Hand geärgert und rund zwei von drei Bundesbürgern halten die Informationen, die sie bisher rund um Großprojekte wie den Bau des Flughafens Berlin-Brandenburg oder Stuttgart 21 erhalten

haben, für mangelhaft oder fehlerhaft. Dabei hatte knapp die Hälfte der Befragten (46 %) zu geplanten Projekten schon einmal eigene Ideen und Vorschläge, die sie den politisch Verantwortlichen gerne übermittelt hätte. Aber hier hapert es:

78 % bemängeln nämlich zu geringe Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung. ■

Über die Studie

| | |
|---------------------------------|---|
| Grundgesamtheit: | Bundesbürger ab 18 Jahre |
| Stichprobe: | 1.000 Interviews |
| Methodik und Erhebungszeitraum: | telefonische Befragung vom 7. bis 9. Januar 2013 |
| Statistische Fehlertoleranz: | +/- 3 Prozentpunkte |
| Durchführung: | forsa Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analyse mbH |

Politikerverdrossenheit!

Um über Politik(er)verdrossenheit zu sprechen, macht es durchaus Sinn, sich die Bedeutung des Wortes „Politik“ noch einmal vor Augen zu führen.

Der Ausdruck Politik wurde, mit Umwegen über das Lateinische (*politica*, *politicus*), aus dem griechischen (*politiká*) gebildet. Dieses Wort bezeichnete in den Stadtstaaten des antiken Griechenlands alle Tätigkeiten, Gegenstände und Fragestellungen, die das **Gemeinwesen** – und das hieß zu dieser Zeit: die **Polis** – betrafen. Entsprechend ist die wörtliche Übersetzung von *politiká* anzugeben als „Dinge, die die Stadt betreffen“.

Wenn man der im vorhergehenden Artikel vorgestellten Studie folgt, so kann von einer Politikverdrossenheit nicht gesprochen werden. Deutlich über 90% der Bürger wünschen sich, über die Dinge informiert zu werden, die das Gemeinwesen betreffen.

Auf der anderen Seite steht die Meinungsbildung der Bürger durch Wahlen. Sind in den 80er Jahren noch etwa 90% der Bürger zur Wahl gegangen, so waren es bei der letzten Bundestagswahl gerade noch 70%.

Das mag daran liegen, dass die Mehrheit der Wahlberechtigten den Eindruck hat, bei der Wahl keine Wahl zu haben.

Denn in der für das Gemeinwohl wichtigsten Frage sind sich die etablierten Parteien ja einig: Das Wirtschaftssystem wird nicht in Frage gestellt. Man macht so weiter wie bisher, obwohl unabhängige Wirtschaftsfachleute inzwischen ein Ende des auf Wachstum basierenden Systems in absehbarer Zeit postulieren.

Man pumpt lieber das durch die Arbeitnehmer erwirtschaftete Geld in die Bankenrettung. Und das auch noch auf Wegen, die den Banken weitere Milliarden Gewinne ermöglichen.

So leiht sich eine private Bank Milliarden bei der Bundesbank für 1% Zinsen, um dieses Geld dann notleidenden Banken im Ausland für 10% oder mehr weiter zu verleihen. Zwei Transaktionen, Millionen verdient!

Wenn man dann unsere Bundeskanzlerin hört, die die aktuelle Politik gerne als „alternativlos“ darstellt, sich die Sprechblasen anderer führender Parteipolitiker anhört, dann kann man die Enttäuschung der Wählerinnen und

Wähler durchaus nachvollziehen: „Welche Wahl hab ich denn? Das ändert ja doch nichts“.

Dabei gibt es eine Alternative: Die Einführung einer *sozialen* Marktwirtschaft. Eines Wirtschaftssystems, das sich an den Bedürfnissen der Bevölkerung orientiert, nicht an Gewinnerzielungsabsichten von Banken. Eines Systems, das die Endlichkeit der Ressourcen dieses Planeten berücksichtigt und ihn nicht hemmungslos ausbeutet.

Während die aktuelle Regierung (und leider auch die Mehrheit der Opposition) an einer marktkonformen Demokratie arbeitet, gibt es eine kleine Partei, die nicht aufhört, unbequeme Fragen zu stellen, nach Lösungen zu suchen und bereit ist, ausgetretene Pfade im Sinne von Albert Einstein zu verlassen, der einmal sagte: „Probleme kann man niemals durch die gleiche Denkweise lösen, durch die sie entstanden sind.“

So ist DIE LINKE die einzige ernst zu nehmende Alternative im deutschen Parteienspektrum.

Oder anders ausgedrückt, **Sie haben bei der nächsten Wahl die Wahl: Stillstand oder Zukunft.** ■

Fortsetzung von Seite 1

Nein zur Eishalle

wurden - immer begleitet vom Heucheln und Aussagen quer durch alle Fraktionen, bei diesen Kosten ginge gar nichts.

Ich sage deswegen Heuchelei, weil der Verwaltungsvorschlag eine Bausumme aufweist, die immer wieder zurückgewiesen wurde.

Warum und für wen sollen wir bauen? Zumindest das ist jetzt sicher und klar.

Nachdem man auch immer wieder geäußert hatte, dass die Einhalle nur für die Eishockeyabteilung des SEF gebaut würde und es auch heute noch so darstellt, ist es doch so, dass wir eine Einhausung des Eislaufplatzes bauen sollen, weil die Lärmemissionen des Eishockeysports einen Eishockeybetrieb nach 20 Uhr nicht zulassen.

Wir geben also einige Millionen samt Nachfolgekosten für die 1. Mannschaft einer Abteilung aus, die, ich sage es vorsichtig, eine Minderheit darstellt.

Es ist ein kleiner überschaubarer Personenkreis, dem diese hohen Ausgaben zu Gute kommen sollen.

Der öffentliche Eislauf und der Schulsport, auch die Jugend der Abteilung, kommen ohne eine Einhausung aus.

Um die Einhausung durchzuboxen, wurde ein Lärmgutachten erstellt, dann noch ein Lärmgutachten und ein allerletztes, Verzeihung, ein allerneuestes Gutachten erstellt.

Ich denke, nur um den Druck auf den Stadtrat zu erhöhen.

Ich möchte kurz einen Vergleich zwischen Eishalle und Schwimmbad bezüglich der Lärmgutachten anstellen. Es wird nach der gleichen Methode vorgegangen, nur wurden beim Schwimmbad solange Gutachten erstellt, bis man eines hatte, das bestätigte, dass die Lärmemissionen des Schwimmbades so gering wären, dass keine Beeinträchtigung der Bürger vorhanden sei. Bei der Eishalle wieder das gleiche Prinzip - mit entsprechend genehmen Ergebnis.

Die Kosten für diese kleine Gruppe betragen mehrere Millionen. Nach dem was gelaufen ist, glaube ich nicht an die Verteilung der Bausummen auf die einzelnen Module. Ich akzeptiere die für mich zu geringe Differenz zwischen einer Einhausung und der Lösung nur mit Dach nicht.

Des weiteren muss man ja mit 10% Kostensteigerungen rechnen.

Hier in diesem Raum wurde schon konzediert, dass 10% Kostensteigerungen bei so großen Bauvorhaben immer drin seien.

Lassen Sie mich die Spenden ansprechen, die die Eishockeyabteilung in Aussicht ge-

stellt hat, um sich die Stadträte gewogen zu machen.

Spenden, wo sind sie, wie hoch sind sie?

600 000 € sind eine Fiktion, bisher kann man lediglich einige wenige 10 000 € vorweisen. Die größte Unverfrorenheit bei diesen Spenden ist, dass, wie man lesen konnte, unter diesen so genannten „Spenden“ der Verkauf der Namensrechte an dieser Halle aufgeführt ist - in Höhe von fast der Hälfte der genannten 600 000 €.

Ich frage mich, ich frage Sie liebe Kolleginnen und Kollegen und ich frage vor allem die Vereinsvertreter, und ich frage auch die Kämmerin, wo sind wir eigentlich?

Mit welchem Recht erdreistet sich eine Privatperson - ich nenne die Eishockeyabteilung einmal so - mit welchem Recht erdreistet sich eine Privatperson, Namensrechte an einer städtischen Einrichtung zu vergeben, Geld dafür zu nehmen und dies als finanzielle Beteiligung am Bau einer städtischen Einrichtung auszuweisen?

Die Vergabe von Namensrechten an städtischen Gebäuden kann ausschließlich durch die Stadt, vertreten durch den Stadtrat, erfolgen und der Erlös ist als Einnahme dem Haushalt der Stadt Freising zuzuführen.

Wenn wir schon bei den Finanzen sind, so muss auch die von der Eishockeyabteilung zu entrichtende Miete ein Thema sein. Eishockey ist eine sehr viel Energie verbrauchende Sportart und - sehr geehrter Herr OB - ich würde gerne wissen, wie hoch die derzeitige Miete ist und an welche Miete gedacht wird, sollte eine Einhausung in der vorgeschlagenen Form mit den vorliegenden Kosten beschlossen werden.

Sollten Sie meinen, dies ginge aus Datenschutzgründen nicht, so können Sie sicher die Differenz zwischen einer für eine solche Einrichtung adäquaten Miete und der von der Eishockeyabteilung jetzt und für die Zukunft zu entrichtenden Miete angeben, sollte die Einhausung beschlossen werden.

Zuschüsse können Sie sicher auch in einer öffentlichen Sitzung benennen.

Diese Differenz betrachte ich als ständigen Zuschuss für die Eishockeyabteilung.

Und dies Jahr für Jahr in nicht geringer Höhe. Wir müssen entscheiden, ob wir den hohen Baukosten, den oben genannten Zuschüssen und den Unterhaltskosten für die Einrichtung für einen solch kleinen Personenkreis zustimmen können.

Ich meine, wir können es nicht.

Weiter bitte ich zu berücksichtigen, dass es ohne Zweifel das Ziel der Eishackler ist, sich zu vergrößern und in die nächsthöhere Klasse aufzusteigen. Dies bedeutet mehr Training mit der Folge, dass mehr Eiszeit benötigt wird. Es bleibt also weniger Zeit für öffentlichen Eislauf.

Dies bedeutet für die Stadt eine weitere prozentuale Erhöhung der Zuwendungen für die Eishockeyabteilung.

Ich bin mir darüber im Klaren, dass auch über die Zukunft des Eishockeysports in Freising entschieden wird.

Ich bin allerdings nicht so pessimistisch, dass ich, sollte keine Einhausung beschlossen werden, dies als das Ende des Eishockeysports in Freising betrachte.

Dies wird uns, wie bereits geschehen, so angekündigt. Das kann man auch als Drohung empfinden. Ich bin überzeugt, dass die Abteilung einen Weg finden wird, weiter in Freising Eishockey zu spielen.

Dass dies dann vielleicht ohne Aufstieg und ohne bezahlte Spieler aus anderen Ländern sein wird, ist für mich akzeptabel. Wichtiger ist, dass die Jugendarbeit, die von den Vereinsoberen so gerne als Aushängeschild und Argumentationshilfe vor sich hergetragen wird, weiter genauso möglich sein wird wie bisher. Dies möchte ich ausdrücklich erwähnen.

Weiter würde ich gerne wissen, welche Garantien wir für die Miete haben.

Wie steht der ständig klamme Hauptverein zu Garantien?

Ich prophezeie, dass als Nächstes die Gebühren für das öffentliche Eislaufen erhöht werden. Wenn dann die weiteren großen Belastungen auf den Haushalt zukommen - Westtangente, Innenstadt, Asamhaus, Schuldentilgung - werden diejenigen, die heute einer Eissporthalle das Wort reden, die ersten sein, die erhöhten Eintrittspreisen zustimmen.

Noch höhere Eintrittspreise werden es vielen Familien wenn überhaupt, dann nur unter großen Opfern möglich machen, ihre Kinder eislaufen zu lassen. Andererseits aber finanzieren diese mit ihren Steuern eine Einrichtung für die Eishockeyabteilung des SEF.

Was muss gemacht werden?

Wie ich hier schon öfters betont habe, befinden sich die Umkleidekabinen in einem unerträglichen Zustand. Hier besteht dringend Handlungsbedarf.

Meine Forderung ist die, dass die Stadt Umkleiden für den öffentlichen Bedarf baut, der Verein errichtet seine Kabinen zu den für alle Vereine in Freising geltenden Bedingungen: er erhält 10 % Zuschuss und 10 % Darlehen von der Stadt.

Der vorliegende Verwaltungsbeschluss entspricht nicht den Forderungen nach einer sparsamen Haushaltspolitik, auch deswegen, weil er die Gleichbehandlung der Freisinger Vereine eklatant verletzt.

Wir lehnen den Verwaltungsvorschlag ab. Einer Sanierung der Umkleiden unter oben genannten Bedingungen stimmen wir zu. ■

Die Strompreislüge

von Albert Schindlbeck, Freising

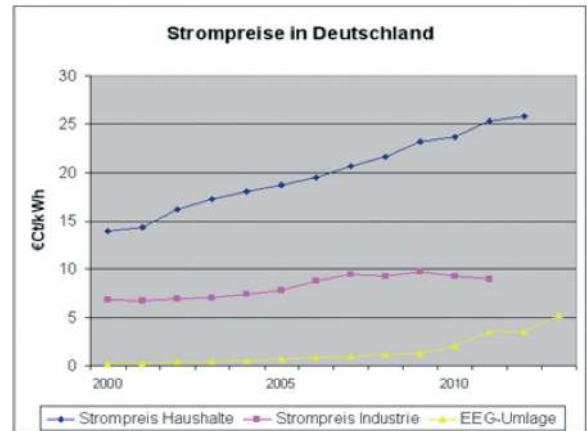
Die Strompreise der Freisinger Stadtwerke sind für die Privathaushalte in den letzten fünf Jahren um 40 Prozent, im Niedertarif (Nachtstrom) sogar um 53 Prozent gestiegen. Diese Steigerungen liegen im bundesweiten Durchschnitt. Warum ist das so?

Bundesregierung und Energiekonzerne machen dafür die „Energiewende“ verantwortlich, umgesetzt im „Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG)“. Der Ausstieg aus der Atomkraft und der Ausbau der Erneuerbaren Energien kostete viel Geld, so suggerieren sie. Bezahlen sollen dies allerdings überwiegend die privaten Stromabnehmer. Weite Teile der Industrie bleiben verschont, sie sind von der Ökostrom-Umlage befreit. Privatkunden und kleinere Unternehmen müssen nicht nur die volle Last tragen, sondern auch die Befreiungen und Vergünstigungen der Industrie auffangen. Dabei sinkt der Börsenpreis für Strom seit Jahren. Energieintensive Unternehmen, die – im Gegensatz zum Bürger – direkt an der Strombörse kaufen können, profitieren also, während der Verbraucher brav die jährlich steigende

EEG-Umlage zahlt. Ein drastisches Beispiel, wie hier der Bürger hinter das Licht geführt wird, zeigt sich im Verhalten der Deutschen Bahn AG. Die Bahn profitiert von den fallenden Börsenpreisen, sie kauft ihren Strom billiger ein. Gleichzeitig begründet sie ihre jährlichen Steigerungen der Fahrkartenpreise den Kunden gegenüber mit der Energiewende.

Auf diese Weise schürt eine Allianz aus Regierungspolitikern und Energiewirtschaft Vorurteile in der Bevölkerung gegen die erneuerbaren Energien. Der vor allem dezentral gewonnene Strom aus Sonnenkraft, Wind und Wasser gefährdet nämlich die marktbeherrschende Stellung der vier großen Energiekonzerne EON, RWE, Vattenfall und EnBW. Diese würden am liebsten ihre Atomkraftwerke unbegrenzt weiter laufen lassen. Das ist durchaus verständlich: Längst abgeschriebene und mit riesigen staatlichen Subventionen gebaute Atomkraftwerke sind Gelddruckmaschinen, auf die man ungern verzichtet.

Eine Regierung, die die Erneuerbaren Energien wirklich etablieren will, sollte diese auf die gleiche Weise fördern, wie sie beispielsweise Flugbenzin oder Agrardiesel fördert, nämlich steuerlich und nicht durch eine vom Verbraucher (beim Flugbenzin also vom Passagier) zu zahlende Umlage. Die Gesamthöhe der Energie-Umlage



für alle Stromabnehmer beläuft sich auf jährlich etwa 13 Milliarden Euro. Allein EON hatte 2011 einen Gewinn vor Steuern von 11 Milliarden Euro. So ist also die deutsche Energiepolitik ein weiteres Beispiel dafür, wie auf allen Ebenen systematisch von unten nach oben umverteilt wird. Es wird Zeit, damit Schluss zu machen! ■

Im Wahlkampf sind alle Bienen gelb

von Max Hammerthal, Freising

Bienen sind bekanntlich schwarz-gelb, was der Grund sein dürfte, dass die FDP ihr Herz für eben dieselben entdeckt hat. Im Bundestag, in Bayern und sogar im Freisinger Stadtrat: „Mit großer Sorge verfolgen wir die immer geringer werdende Zahl der Bienen, die sich um unsere Blütenpflanzen versammeln“, heißt es in einem aktuellen Antrag. Die tapfere FDP kämpft auf feindlichem Terrain, denn zur Bundestags-

wahl 2009 hatte der deutsche Imkerverband vor der Wahl der FDP gewarnt und das zu Recht: Denn die FDP ist es, die als Lobbyistin von Chemiekonzer-



nen und deren Pestiziden auftritt, die das Gentechnik-Gesetz ändern will, um immer mehr Gentechnik-Freilandversuche durchzuführen. Nachdem auch die „neue“ „Bienenschutz“-FDP ihrem Parteiprogramm nicht treu wird, werden die Themen „Gentechnik“ und „Pestizide“ auch jetzt sorgfältig vermieden. Nach dem Freisinger Antrag darf dafür die Stadt die Bienen vor dem Aussterben retten, indem sie bei „städtischen Planungen ... überwiegend Pflanzen“ einsetzt, „die den Bienen als Lebensgrundlage dienen.“ Leider sterben Bienen nach ihrem Stich, sie können die FDP nicht stoppen. Das müssen die Wählerinnen und Wähler tun. ■

Heile Welt in Neufahrn

Manfred Helfensteller, Neufahrn

Heile Welt in Neufahrn. Was im bayerischen Landtag als „Verwandten-Affäre“ hohe Wellen schlägt, interessiert in unserer Gemeinde außer vereinzelt Leserbriefschreibern niemand.

Freilich: Juristisch hat BM Schneider, als er seinen Sohn als IT-Leiter der Stabsstelle EDV-Systembetreuung im Rathaus einstellte, nichts falsch ge-

ein zweifellos kompetenter IT-Spezialist Schneider jun. ausgerechnet bei Papa im Rathaus anfängt? In Zeiten der immer mehr zunehmenden Politikverdrossenheit sollte jeder Anschein von Vettern- oder Familienwirtschaft vermieden werden.

Schon vergessen? Im April letzten Jahres wurden 700 Beschäftigte von Müller-Brot in Neufahrn auf die Straße gesetzt. Vorausgegangen war ein monatelanges Pokerspiel um die Konkursmasse, aus-



macht: Die Stelle wurde ausgeschrieben, dem Vernehmen nach in der bekannten Fachzeitschrift für Computer-Spezialisten (dem Bayerischen Staatsanzeiger) und die Gemeinderäte haben die Einstellung abgesegnet. Trotzdem frage ich: War es nötig, dass

getragen auf dem Rücken der Beschäftigten, in dem u.a. der Hauptgläubiger des Konzerns, die Commerzbank, die Strippen gezogen hatte. In den letzten Jahren hatten die Müller-Brot-Mitarbeiter freiwillig Einkommensverluste von 12 Millionen Euro hingenommen, um ihre Arbeitsplätze

zu sichern. Vor diesem Hintergrund mutet die Diskussion um die „Tafel“ reichlich grotesk an. Wurde doch tatsächlich erörtert, ob es genügend bedürftige Neufahrner Bürgerinnen und Bürger gäbe, um einen Bus zur „Tafel“ Hallbergmoos einzusetzen. Jetzt soll

eine Infoveranstaltung über Sinn und Zweck der „Tafeln“ aufklären! Neufahrn – heile Welt?

„Eine offene Stelle, die wehtut“ nennt das Freisinger Tagblatt (28.5.13) die Tatsache, dass die Stelle der Streetworkerin, die wegen mangelnder Unterstützung durch die Verantwortlichen im Rathaus gekündigt hatte, mangels Bewerbungen nicht wieder besetzt werden kann. Unser Herr Bürgermeister spekuliert sogar damit, die Stelle unbesetzt zu lassen, falls kein Bewerber mehr käme – das nennt sich dann erfolgreiche Sparpolitik!

Wenn ich jetzt böse bin - als LINKER darf ich das - dann sage ich, die Neufahrner Gemeinderäte setzen eben auf eine innovative Art des Streetworking, auf „schwarze Sheriffs“. Eine Security-Firma ist von der Gemeinde angeheuert worden, um künftig den Marktplatz, Galgenbach-Weiher usw. zu überwachen. Frage: Ist nicht die Polizei zuständig, die öffentliche Sicherheit zu gewährleisten? Antwort: Es gibt überhaupt gar kein Sicherheitsproblem in Neufahrn! Es geht darum, so eine Rathaussprecherin im „Monat“ (Juni 2013), „das Sicherheitsempfinden der Leute [zu] erhöhen.“ Anstatt über das Empfinden mancher Leute zu sinnieren - ich bin übrigens gebürtiger Neufahrner und fühle mich alles andere als unsicher - wäre es doch wohl angebracht, sich um die real existierenden Probleme zu kümmern: also weg mit der Überwachung und in die mobile Sozialarbeit investieren. ■

Wir laden Sie ein!

Gerne stellen wir Ihnen unsere Ziele vor, stehen Ihnen Rede und Antwort und werden uns Ihre Wünsche und Vorschläge für ein besseres Freising anhören.

Schreiben Sie uns oder besuchen Sie eine unserer Veranstaltungen.

www.freisinger-linke.de
info@freisinger-linke.de



Unser Landtagskandidat Dr. Guido Hoyer

Guido Hoyer engagiert sich seit Jahren als Stadt- und Kreisrat für alle Bürgerinnen und Bürger und kämpft für ein gerechteres Freising.

Erststimme im Stimmkreis Freising

Zweitstimme im Wahlkreis Oberbayern, Liste 8, Platz 6

Krieg in Mali – eine Analyse

von Lukas Schneider, FS-Sünzhausen

Unter dem Namen „Opération Serval“ kämpfen seit einigen Monaten französische Streitkräfte in Mali, unterstützt von vielen anderen Truppen, vor allem auch afrikanischen, ausgerüstet und ausgebildet durch westliche Staaten.

Auf der Gegenseite stehen vor allem Islamisten bzw. „der Terror“. Bei diesem nicht abzugrenzenden Gegner sind eine Vielzahl ziviler Opfer vorprogrammiert und auch ein Ende des Tötens ist nicht abzusehen.

Doch in der Öffentlichkeit gibt es nur wenige Stimmen gegen diese militärische Intervention. Ein Grund dafür ist, dass die malische Regierung um den Einsatz gebeten hat. Diese hat sich seit dem Putsch zwar mehrmals verändert, ist jedoch nicht durch freie Wahlen legitimiert worden.

Die islamistischen Besatzer im Norden des Landes sind nun größtenteils aus den Städten vertrieben worden, was zunächst für die dortige Bevölkerung auch sehr positiv ist.

Jedoch ist es sehr wahrscheinlich, dass dieser kurzfristige Erfolg durch langfristige Kriegsfolgen zur Nichtigkeit wird.

Fundamentaler Islamismus hatte bislang in den umkämpften Gebieten so gut wie keine Basis, doch dieser Zustand ist nun durch die Dynamik des Krieges bedroht. Es ist abzusehen, dass Dschihadisten aus aller Welt nach Mali ziehen werden und auch innerhalb des Landes werden terroristische Gruppierungen eher noch mehr Zulauf bekommen. Die Ergebnisse westlicher Militärinterventionen lassen sich ja z.B. auch in Irak oder Libyen sehen: Bombenterror, vollgestopfte Waffenlager, religiöser Fundamentalismus.

Hinzu kommt die ohnehin katastrophale soziale Lage der Bevölkerung der Nord-Sahel-Zone, die sich durch den Krieg weiter verschärfen wird. Auch die Verankerung gegenseitiger rassistischer Ressentiments zwischen hell- und dunkelhäutiger Bevölkerung wird sich wohl weiter verfestigen, da

einige Tuareg-Gruppen zeitweise mit islamistischen-fundamental Gruppen zusammenarbeiteten.

Dieser Rassismus ist ein Erbe des Kolonialismus. Das Siedlungsgebiet der hellhäutigen Tuareg wurde durch willkürliche Grenzziehungen zerstückelt, weshalb diese von Anfang an eine Zusammenarbeit mit dem malischen Staat verweigerten. Seitdem kam es zu

litisch der letzte Boden entzogen werden.

Wenn jedoch den Menschen keine richtige Überlebensperspektive geboten wird, ist eine Hinwendung einiger Menschen zum Jihad schon abzusehen.

Wir Freisinger LINKEN stellen uns weder auf die eine noch die andere



Crédit EMA / ECPA-D

einer Reihe von Aufständen, die brutal niedergeschlagen wurden.

Jedoch gab es auch positive Episoden, insbesondere die Waffenverbrennung von Timbuktu 1996, die die Folge von Friedensgesprächen zwischen zivilgesellschaftlichen Akteuren war. Hier wurde ohne Umweg über den Staat das Heft in die Hand genommen und eine friedliche Regelung gesucht.

Eine Befriedung der Lage in Mali kann also auch heute nur durch einen Interessenausgleich zwischen Landesteilen und Bevölkerungsgruppen stattfinden.

Wenn kein Dialog mit den Menschen zustande kommt, die sich nicht durch terroristische und nach Herrschaft strebende Organisationen vertreten sehen, könnte diesen Gruppen sozial und po-

Seite der Gewalt. Denn ob durch Bombengürtel oder Fliegerbomben, die Folgen sind immer Tod, Zerstörung und Traumatisierung. Eine lebenswerte Zukunft muss durch politische Auseinandersetzungen und Zusammenarbeit geschaffen werden.

Auch darf nicht vergessen werden, dass Frankreich erhebliche wirtschaftliche und strategische Interessen in der Region hat. Im Nordwesten des Nachbarstaates Niger wird seit den 70er Jahren Uran abgebaut. Die Förderung des Uranerzes von Arlit liegt in der Hand des französischen Nuklear-Konzerns Areva. Weitere Vorkommen im Nordosten Malis gelten als gesichert. Frankreich als Atommacht braucht dieses Uran selbst und will damit Geschäfte machen, will aber auch verhindern, dass dieses Uran in die falschen Hände gerät. ■

Bürgerfreundlich auf modern

Der Stadtrat "verschönert" die Freisinger Innenstadt

von Hans-Josef Weberbartold, FS

Die im Stadtrat beschlossene Innenstadtkonzeption soll die Altstadt „aufwerten“ und ihre „Attraktivität steigern“. Wem nützt das?

Freising ist die älteste Stadt Oberbayerns und hat eine lange Tradition. Die ältesten Zeugnisse, die auf eine Besiedlung hinweisen, gehen auf das Neolithikum zurück und sind 12.000 Jahre alt. Ab 715 war Freising eine Herzogspfalz im ersten bairischen Stammesherzogtum, ab dem Frühmittelalter war sie Bischofssitz und kam als Hochstift Freising zu großer Bedeutung.

Freising hat wie alle historischen Städte eine Altstadt, die langsam entstanden ist und deren Gebäude geprägt sind zunächst durch handwerkliches Können, wodurch sie in jeder Epoche ein gemeinsam eingehaltenes und für alle verbindliches Gesamtes dargestellt haben. Natürlich kam in der Erscheinung eines Hauses auch die gesellschaftliche Stellung seines Bauherren bzw. die jeweilige bürgerliche oder staatliche Funktion eines Gebäudes zum Ausdruck.

Bestimmend war ein gemeinschaftlich geteiltes Ordnungsprinzip, jedoch mit der für jeden Standort zugestandenen Möglichkeit, davon auch abzuweichen. Darin bestand gerade der Reiz der alten Städte, jedes Haus war eine einzigartige Erscheinung, dennoch gab es keinen Bruch im Gesamtbild der Stadt. Es gibt heute noch viele Beispiele für Städte, die diese Art der Gestaltung weitgehend bewahrt haben, das bekannteste ist Venedig, aber auch viele andere, so in Frankreich das alte Bayonne, die Städte Arles, Aigues Mortes, ebenso in anderen, überwiegend südeuropäischen Ländern.

Diese Art des Städtebaus gibt es heute nicht mehr, bedingt durch fortgesetzten Wettbewerb und Kapitalkonzentration. Die Produktion wurde mehr und mehr mechanisiert und rationalisiert. Es kamen für den Haus- und Städtebau ständig erweiterte großtechnische Bauweisen zum Einsatz. Das alte Handwerk wurde zurück gedrängt oder starb

aus. Stattdessen wurden Formen des Handwerks entwickelt, die den Erfordernissen der modernen Zeit gerecht wurden.

Entsprechend wurden die Entwürfe für neue Gebäude den neuen Bauweisen angepasst: große geschlossene Flächen, beliebige Wiederholung ein- und derselben Form, geometrisch korrekte und zugleich einfache Baukörper, Normierung und Fließbandproduktion von Bau- oder Zubehöerteilen wie Türen, Fenster, Griffen und dergleichen mit der entsprechenden, dazu nötigen Gestaltung. Gebäude wurden als Module oder Haustypen entworfen, die sich in beliebiger Zahl aneinander fügen ließen. Den Aufwand für Planung und Produktion auf ein möglichst kleines Maß zu begrenzen und gleichzeitig den Output, den Bau einer großen Zahl von Gebäuden zu maximieren, war Gesetz des Handelns. Ganze Stadtviertel ließen sich so in kürzester Zeit aus dem Boden stampfen. Ein Qualifizierungsnachweis für Architekten scheint heute der Entwurf von quaderförmigen Gebäuden zu sein, der einfachsten Form, einen Raum zu umschließen, deren Außenseiten aus blau- oder spiegelverglasten Flächen bestehen. In einem SZ-Artikel wurden diese Fassaden als „internationale Gesichtlosigkeit“ charakterisiert. Was sie unübersehbar dokumentieren: die Fähigkeit, viele Tausend exakt gleiche und technisch perfekte Scheiben binnen kürzester Zeit zu produzieren, und die offensichtlich beeindruckende Wirkung, die diese Gestaltung auf viele Menschen zu haben scheint.

Das Haus, das sich als Teil eines Ensembles ins Gesamtbild einfügte, hatte Merkmale, durch die es einzigartig war. Hier gab es die Möglichkeit, sich mit seinem Wohnort zu identifizieren, dem Ort, der unverwechselbar war. Es gab, wie Alexander Mitscherlich dies in seiner Streitschrift „Die Unwirtlichkeit unserer Städte“ genannt hat, die „Obligation an die Stadt“. Die so gestaltete Stadt konnte Bezugspunkt werden, „die bloß agglomerierte nicht, denn Identität verlangt Markierung eines Ortes.“ Die Agglomeration „ist Maskerade in Archi-

tektur und keine Identitätsfindung durch die Notwendigkeit, Verbindendes, Verbindliches zu variieren, ohne aus der Rolle, aus der Ästhetik der Gruppe zu fallen. Denn ein Teil der eigenen Identität ist immer Stoff, der aus der Gruppe stammt; diese Verzahnung von Individuum und Gruppe wird im Stil bewusst“.

Diese Entwicklung konnte an Freising natürlich nicht spurlos vorüber gehen. Man möge dazu einen kleinen Spaziergang durch die Hauptstraße unternehmen und sich dabei ein paar Kaufhausimplantate bzw. die Präsentation bestimmter Läden ansehen. Der Ersatz eines Philippschlosses an historischer Stelle auf dem Domberg durch ein Gymnasium nach moderner Gestaltungsweise ist beispielsweise eine Bausünde erster Klasse, wie alle modernen Umbauten auf dem Domberg. Entsprechendes gilt, mit wenigen Ausnahmen, für die Lokale in der Freisinger Innenstadt. Nichts desto weniger muss hier aber eingeräumt werden, dass Freising sein Stadtbild noch halbwegs erhalten hat. Dies könnte sich allerdings entscheidend ändern, wenn ein bestimmtes Vorhaben zur Stadtentwicklung Realität werden sollte.

2009 entschloss sich der Stadtrat dazu, ein Konzept zur „Belebung“ der Innenstadt anzugehen. Alle Fraktionen außer der Freisinger Linken trugen dieses Konzept mit.

Im Text, den die Stadt Freising zum Stichwort „Innenstadtkonzeption“ auf ihrer Internetseite präsentiert, heißt es sinngemäß: Für eine „zukunftsfähige und bürgernahe“ Innenstadt habe Freising im Städtebauförderprogramm ein umfangreiches Planungsprojekt initiiert. Für eine gemeinsame „Standortverantwortung“ wolle man Immobilieneigentümer, Unternehmer und Bürger in ein sogenanntes „Integriertes Innenstadtentwicklungskonzept“ einbinden.

In begleitenden Bürgerversammlungen wurde mitgeteilt, was Anliegen des Vorhabens sei. Man habe die Absicht, die Innenstadt zu beleben. Wer aber Augen

Weiter auf der nächsten Seite

Bürgerfreundlich auf modern
Fortsetzung

hat zu sehen, stellt jeden Tag neu fest: die Innenstadt von Freising lässt sich kaum mehr beleben, es sind immer sehr viele Leute dort unterwegs. Verwechselt hat man offenbar Innenstadt mit Geschäftswelt, und dies wurde auch in den Informationsveranstaltungen deutlich. Es wurde nämlich unmissverständlich gesagt: Vorbild sei die Kaufinger Straße in München zwischen Marienplatz und Stachus, die dadurch bestimmt ist, dass man in eine traditionelle Reihe von Hausfassaden neue Kaufhäuser gesetzt bzw. mehrere neben einander stehende Häuser zusammengefasst und darin großflächige Ladeneinheiten untergebracht hat. Dies ist offensichtlich der wesentliche Inhalt der geplanten Innenstadtkonzeption. Als

„bürgerfreundlichen“ Umbau aus der Innenstadt vertrieben. Soll man nun in einer Shopping-Meile, einer Konsumrennbahn, welche die Innenstadt dann darstellen wird, eine Altstadtbelebung sehen, wenn bald nach Geschäftsschluss diese Innenstadt leer gefegt sein wird (siehe Kaufinger Straße)? Und inwiefern bedeutet dieser Zustand einen Gewinn, wenn Gestaltungsmerkmale sich dem Kriterium Geschäftserfolg unterzuordnen haben? Identifizierung kann es mit einer solchen Stadt nicht mehr geben. Die Freisinger Altstadt hat mehr als 1000 Jahre Geschichte hinter sich und gilt in ihrer heutigen Erscheinung nach Lesart der Projektbetreiber als nicht mehr „zukunftsfähig“, eine Vokabel, die in früheren Zeiten undenkbar war. Darin zeigt sich bereits der ganze Irrsinn der Zielsetzung. Die Frage der Zukunfts-



Zuckerl, um die Zustimmung der Bevölkerung zu erleichtern: die Moosach-Öffnung in der Oberen Hauptstraße, weitere Verkehrsreduzierung, Sitzbänke und dergleichen. Die erste „bürgerfreundliche“ Konsequenz wird darin bestehen, dass sich die Mieten erhöhen werden. Ein sicherlich nicht geringer Teil der angestammten Bevölkerung wird dann nicht mehr in der Lage sein, diese Mieten zu zahlen. Sie werden also durch diesen

higkeit wäre grundsätzlicher zu stellen und auf die Bedingungen zu lenken, welche nicht nur das Fortbestehen einer gut gestalteten Stadt gefährden, sondern die Existenz von Menschen überhaupt in Bedrängnis bringen. Es sind dies die Bedingungen, die mit der herrschenden Wirtschaftsweise gegeben sind und die innerhalb einer anderen Diskussion, der Klimafrage nämlich, zu Recht mehr und mehr in Frage gestellt werden. ■

Modernes Wohnen in Eching

von Kreisrat Dr. Guido Hoyer, FS

Der moderne Beschäftigte, der auf dem angespannten Wohnungsmarkt keine Wohnung findet oder immer neuen befristeten Jobs hinterher ziehen muss, lebt heutzutage im „Boardinghaus“, denn Arbeiterwohnheim wäre ein antiquiertes Wort dafür.

Solch modernes Wohnen mit Toilette und Dusche auf der Etage bot die Firma „2rent“ in Eching, Breslauer Straße an, bis die Bauaufsicht feststellte, dass keinerlei Brandschutz existierte. 130 Menschen wurden am 17. Mai auf die Straße gesetzt, denn Mieterschutz genießen sie als „Hotelgäste“ ohne Mietvertrag natürlich nicht. Wie die Freisinger SZ berichtete, bewegten sich die Preise für die Unterkunft allerdings durchaus auf Hotel-Niveau. Eine vierköpfige russische Familie zahlte für ihr 12-qm-Zimmer ohne Dusche und WC 700,- € monatlich.

Nun waren Echingener Bürger so boshaft, das Privatleben des Geschäftsführers von „2rent“, Herrn El Naib, zu durchleuchten. Sollten die Informationen von Internetseiten wie www.nordsurf-syndikat.de oder www.charleysurfsalot.blogspot.de stimmen, dann handelt es sich um einen der weltweit schlechtesten Teilnehmer an Surf-Wettbewerben (ein Surfkollege bezeichnet seine Surferei schlicht als „Shit“), der trotzdem keinen dieser kostspieligen Wettbewerbe auslässt. Laut Mitbewerbern hat El Naib bereits ein Vermögen („a fortune“) fürs Surfen ausgegeben; „rumour is he's a trust fund kid“, so ein Mitsurfer. Sicher aber zahlen die 2rent-Mieter.

Ein Einzelfall? Der Fehler ist grundsätzlicher Art: Die Wuchermieten von „2rent“ sind extreme Auswüchse eines Systems, das den Wohnungsbau und die Mieten der Anarchie des freien Marktes aussetzt. Bezahlbares Wohnen ist Menschenrecht, was die bayerische Verfassung - die immer noch gilt - schon 1946 feststellte: „Jeder Bewohner Bayerns hat Anspruch auf eine angemessene Wohnung.“ Ja, mehr noch: „Die Förderung des Baues billiger Volkswohnungen ist Aufgabe des Staates und der Gemeinden.“ (Art 106 BayVerf) ■

Neonazis in Freising

von Johannes Deml, Hohenkammer

Der Umgang mit Auftritten neonazistischer Gruppierungen und deren Infoständen und Kundgebungen war in den letzten Jahren unter Alt-OB Thalhammer desaströs. Man hatte das Gefühl, der Kampf gegen Rechts sei den Verantwortlichen kein Anliegen, weil möglicherweise nicht medienwirksam genug. Mit dem zivilen Bündnis "Freising ist bunt" wurde schlecht kommuniziert, am Tag des Protestes hatte man oft das Gefühl, die Polizei konzentrierte sich eher auf die Gegendemonstranten als auf die Nazis.

Alles in allem konnte man den Eindruck gewinnen, Thalhammer und der Stadtverwaltung wäre dieses Problem relativ gleichgültig. Nicht umsonst wurde desöfteren der unsägliche Slogan "durch Demonstrationen werden die nur unnötig aufgewertet" ausgegeben. Zugegebenermaßen ist die Nazi-Problematik in Freising weitaus weniger drastisch als in anderen Teilen Deutschlands und Bayerns. Infostände der NPD wurden meist nur von einer Handvoll lokaler Anhänger flankiert, zu Kundgebungen wurden meist Gesinnungsgenossen aus ganz Bayern an-

gekarrt. Sorgen machen kann einem eher die Häufigkeit solcher Veranstaltungen, allein im vergangenen Jahr gab es sechs davon. Nichtsdestotrotz sollte es jedem freiheitlich denkenden Bürger ein Anliegen sein, das Übel an seiner Wurzel zu bekämpfen und zu signalisieren, dass solches Gedankengut in Freising keinen Platz hat. Unter OB Eschenbacher hat sich die Kommunikation und Zusammenarbeit mit "Freising ist bunt" erheblich verbessert. Am 30. März beispielsweise wurde über eine Kundgebung des "Aktionsbündnis Freising" im Vorfeld informiert, das Kriegerdenkmal am Karsamstag verhüllt und das Benutzen von Mikrofonen untersagt. Die Teilnehmer der Kundgebung mussten zum Großteil wiederum aus anderen Landesteilen anreisen, da die Naziszene in Freising zum Glück relativ klein ist. Die Zahl der Gegendemonstranten war akzeptabel, nur der Umgang der Polizei mit ihnen lässt weiterhin zu wünschen übrig. Was trotz des nun scheinbar größeren Augenmerks der Stadtverwaltung auf nationalistische Umtriebe weiterhin zu kritisieren bleibt, ist die fehlende zivile Unterstützung der Gegendemonstranten. Ein tolles Signal wäre es, wenn

auch mehr Stadträte sowie der OB und seine Vertreter teilnehmen würden. Vielleicht könnten sich so auch ein paar mehr Freisinger dazu aufrufen, sich neonazistischen Tendenzen in den Weg zu stellen. In Hof beispielsweise werden die Proteste immer vom CSU-OB (!) Harald Fichtner angeführt. Erst wenn es soweit ist, kann die liberale Selbstdarstellung Freising etwas glaubhafter werden und ungeniert ausgesprochen werden: "Kein Meter den Nazis in Freising!" ■

Jetzt mitmachen und etwas bewegen!

Eine Partei lebt von und mit ihren Mitgliedern. Auch DIE LINKE braucht kontinuierlich neue Gesichter, um den Geist einer starken, finanziell unabhängigen und weiter wachsenden Mitgliederpartei aufrechtzuerhalten. Unter dem Motto "Mitmachen" kann man und frau sich bei uns einmischen und aktiv werden für eine sozial gerechte, demokratische und friedliche Gesellschaft. Wir wollen gemeinsam mit und nicht nur für Menschen Politik machen. Nur wenn viele sich einbringen und engagieren, können die Verhältnisse positiv verändert werden! ■

Solidarität mit den Beschäftigten im Einzelhandel

12. Juni 2013 Aus Eva Bulling-Schröter und Xaver Merk, Landessprecher der LINKEN. Bayern

In einer gemeinsamen Erklärung solidarisieren sich Landessprecherin Eva Bulling-Schröter (MdB) und Landessprecher Xaver Merk im Namen der LINKEN. Bayern mit den Beschäftigten im Einzelhandel:

„Eine der zentralen Säulen unseres Sozialstaates ist in Gefahr. Die Kündigung aller Tarifverträge im Einzelhandel durch die Arbeitgeber ist ein bisher nie dagewesener Angriff auf soziale Errungenschaften und die Rechte der Beschäftigten. Angesichts der riesigen Gewinne von Aldi, Rewe, C&A und anderen ist das der eigentliche Skandal. Sicherheit durch Tarifverträge ist für Menschen, die von ihrer Arbeit leben

müssen, Grundlage für eine sichere Zukunft. Die Arbeitgeber blasen damit zu einem Generalangriff auf Löhne und Arbeitsbedingungen. Sie fordern, dass Beschäftigte und ihre Familien sich bedingungslos dem Betrieb unterordnen, sie fordern die Kürzung der Erschwerungszuschläge und weniger Geld für Verkäufer/innen.



Das haben die Beschäftigten einfach nicht verdient! Sie haben den Unternehmen und Konzernen hervorragende Gewinne erwirtschaftet bei immer mehr Leistungsverdichtung. Die Beschäftigten, in der Regel Frauen, wollen einfach nur gutes Geld für ihre Arbeit. Gute Arbeit bedeutet menschenwürdige Arbeit mit einer Bezahlung, die Menschen später nicht in die Altersarmut treibt.

Im Kampf um Tarifverträge, für gute Arbeitsbedingungen und gute Löhne haben die Beschäftigten des Einzelhandels die Mitglieder der Partei DIE LINKE an ihrer Seite. Wir werden weiter mit ihnen kämpfen und fordern die Verbraucherinnen und Verbraucher auf, diese Situation bei ihren Einkäufen zu berücksichtigen.“ ■